









































Übersicht der Antworten*

Frage	Die LINKE	CDU	SPD	B90/Die Grünen	FDP
1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Dresden verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren?					
2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Dresden verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?					
3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?					
4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Dresden zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?					
5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?					
6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen in Dresden schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?					

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?					
8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?					

*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

SPD Dresden

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Dresden verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir dafür: Menschen dürfen nicht aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, ihrer Herkunft, Religion, Familienform oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Besonders wichtig ist uns daher die Stärkung von Beratungsangeboten und Initiativen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten.

Mehr Akzeptanz erreichen wir durch mehr Aufklärung. Die Akzeptanz von verschiedenen Lebensentwürfen möchten wir daher weiter aktiv fördern. Nur dann können Menschen so frei leben, dass sie offen dazu stehen können, wer sie sind und was sie ausmacht. Die Förderprogramme und Strukturen für Projekte, Initiativen und Vereine, die sich für LSBTIQ* einsetzen, wollen wir fortführen. Dazu gehört auch künftig der Ausgleich von Inflation und Tarifsteigerungen bei der Förderung. Für mehr Planungssicherheit werden wir die personelle Grundausstattung der freien Träger über eine fünfjährige Förderung ermöglichen. Vielfalt ist eine Bereicherung für die Gesellschaft, egal ob an der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz. Das Bewusstsein hierfür wollen wir stärken.

Der Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen war ein wichtiger Grundstein dafür.

Im Zuge dessen sehen wir bspw. das Modellprojekt zum anonymisierten Bewerbungsverfahren und dessen anschließende Weiterentwicklung und Umsetzung in der gesamten Staatsregierung als sehr wichtig an. Führungskräfte werden qualifiziert über Weiterbildungen im Bereich „Diversity-Management“.

Unser Ziel ist nicht nur, diese Strategien und Aktionspläne weiterzuentwickeln, sondern auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Das soll vor allem die Lücken schließen, die das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) der Bundesebene gelassen hat. Natürlich sind in die Erarbeitung auch die Evaluationen des AGG einzubeziehen.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Dresden verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Es ist gut, dass in immer mehr Städten in Sachsen der Christopher Street Day (CSD) gefeiert wird. Für die SPD ist es selbstverständlich, die Organisator:innen in ihrer wichtigen Arbeit für LSBTIQ*-Rechte zu unterstützen und am Christopher Street Day teilzunehmen und gemeinsam für Akzeptanz und Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit zu demonstrieren. Als SPD Dresden haben wir seit Jahren einen eigenen Truck auf dem CSD und beteiligen und mit Veranstaltungen in der CSD-Woche.

Das Hissen der Regenbogenflagge vor öffentlichen kommunalen Gebäuden befürworten wir. Denn so können wir z. B. zum Christopher Street Day mit der Regenbogenflagge ein sichtbares Zeichen für die Verbundenheit/Solidarität mit der LGBTIQ*-Gemeinschaft setzen. Dass die Flagge zum CSD in Dresden erstmalig 2020 gehisst wurde, ging unter anderem auf einen Stadtratsbeschluss auf Initiative durch die Fraktionen SPD-Fraktion, Die LINKE und BÜNDNIS 90/ Die Grünen zurück.

Im nächsten Sächsischen Landtag werden wir uns als SPD weiterhin um eine Verfassungsreform bemühen, die auch zu mehr Sichtbarkeit für queere Lebensentwürfe führen soll. Diskriminierungsverbote sind dabei ein wichtiges Achtungszeichen in unserer Gesellschaft und sollen Menschen davor schützen, aufgrund ihrer Persönlichkeitsmerkmale ungleich behandelt zu werden. Dazu gehören Geschlechtsidentität, Religion und nationale Herkunft genauso wie Alter und soziale Stellung, sexuelle Orientierung, Weltanschauung und Behinderung. Wir wollen dies im Gleichheitsgrundsatz abbilden.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Gleichstellung, das ist das Zusammenspiel aller. Sie kann nur gelingen, wenn wir am gleichen Strang ziehen. Wir wollen das Verständnis hierfür stärken und Gleichstellung gemeinsam leben. Davon profitieren wir schließlich alle.

Die Öffnung der kommunalen Gleichstellungsstellen für LSBTIQ* Belange und Themen ist dabei ein bedeutender Schritt in Richtung gleicher Rechte für alle Bürger:innen. Dies trägt dazu bei, Diskriminierung abzubauen und eine vielfältige und respektvolle Gesellschaft zu fördern. Wir wollen den Gleichstellungsaktionsplan um ein Diversity Konzept für Dresden erweitern.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Dresden zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Im Landesaktionsplan ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf LSBTI*-Personen angepasst und sollte auch weiterhin weiterentwickelt werden.

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen LSBTTIQ-Geflüchteten wollen wir weiter unterstützen. Die merkmalsübergreifende Beratung wollen wir weiter unterstützen. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und zu unterstützen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln. Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Für die vielfältigen Aufgaben der Integration wollen wir die Kommunen verlässlich ausstatten und die Pauschalen anpassen. Zukünftig sollen unter dem Dach kommunaler Integrationszentren die Integrationsangebote in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf dem gleichen Niveau gemacht werden.

Wir wollen, dass Sachsen genügend Erstaufnahmekapazitäten für geflüchtete Menschen vorhält. Bei der Verteilung muss das Land endlich eine Koordinierungsrolle annehmen. Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen, haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

5. Was planen Sie, um lsbtqi Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrighschwelligigen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Sie haben unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit.

Wir wollen in Dresden Angsträume identifizieren und derart umgestalten, dass diese Orte allen ein Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit bieten und im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention für Konzepte für Sicherheit im öffentlichen Raum für vulnerable Gruppen sorgen. Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarken. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegenzutreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für LSBTIQ* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden; Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) oder die Zentrale Ansprechstelle ZAST lgbtiq wenden und dort Hilfe erwarten.

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern auch für betroffene Menschen eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für lsbtiq Personen in Dresden schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie RosaLinde, Gerede und Different People schätzen wir sehr.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir daher die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendliche eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben, z.B. bei queerefeindlichen Angriffen. Dafür werden wir die Kita- und Schulsozialarbeit weiter ausbauen. Zudem stärken wir die außerschulische Soziale Arbeit und sorgen für eine verlässliche Finanzierung.

Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume.

Die Teilhabe von Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen, muss an allen Orten endlich selbstverständlich werden. Deshalb setzen wir uns für eine Demokratisierung der Schule, für eine Absenkung des Wahlalters und für die praktische Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Wir setzen uns dafür ein, in städtischen Gebäuden zusätzlich Unisex-Toiletten einzuführen.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Ja, wir benutzen geschlechtergerechte Sprache. Denn Sprache verändert das Bewusstsein. Wir treten dafür ein, dass überall in der Gesellschaft frei darüber entschieden werden kann, ob die geschlechtergerechte Sprache verwendet wird. Entschiedenes Eintreten gegen Verbotskultur bedeutet auch, geschlechtergerechte Sprache nicht zu verbieten.

Im Freistaat Sachsen ist die Staatsregierung bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen per Verwaltungsvorschrift verpflichtet, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Die Verwaltungspraxis auf kommunaler Ebene ist verpflichtet, Bürger:innen in der Kommunikation entsprechend ihrem nach dem Personenstandsrecht eingetragenen Geschlecht zu adressieren. Seit dem Beschluss des Selbstbestimmungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag - auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion - wird es künftig einfacher sein, für lsbtiq* Personen ihre geschlechtliche Identität bei den kommunalen Meldebehörden zu ändern und damit auch eine ihnen entsprechende Ansprache zu erfahren.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Dresden

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns aktiv für eine Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIAQ+ Personen ein. Unser Menschenbild und unsere Wurzeln in der Bürgerrechtsbewegung verpflichten uns zum Streiten gegen jede Diskriminierung und Benachteiligung. Diskriminierung begegnet queeren Menschen in den vielfältigsten Formen, entsprechend umfassend muss ihr entgegengetreten werden. Gerade im ländlichen Raum gilt es Akzeptanz für Vielfalt zu schaffen. Ein erster Schritt ist die Herstellung von Sichtbarkeit. Der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe über alle Ebenen staatlichen Handelns hinweg und damit auch eine Aufgabe der Kommunalpolitik. Die Lebensqualität von LSBTIAQ+ Personen wird nicht nur durch ein akzeptierendes Miteinander im kommunalen Umfeld verbessert, es sind auch politische Weichenstellungen größerer Reichweite geboten. Deshalb fordern wir BÜNDNISGRÜNEN (auch im Hinblick auf die Landespolitik): a) Sensibilisierung für die spezifischen Bedürfnisse von trans* und intergeschlechtlichen Menschen im Gesundheitswesen: Die Aus- und Fortbildung für Ärzt*innen* wie Pflegepersonen im Gesundheitswesen soll stärker auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen, trans*und inter Personen sowie die Auswirkungen von Queerfeindlichkeit eingehen. b) Förderung der Kinderwunschbehandlung auch für gleichgeschlechtliche weibliche Paare, trans* und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Personen. c) Ausbau und Verstetigung von Beratungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie Eltern von LSBTIAQ+ Personen und LSBTIAQ+ Eltern. d) Schulen als sichere Orte für alle Kinder unabhängig von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität unter anderem durch Berücksichtigung queerer Inhalte in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte, aber auch als obligatorischem Bestandteil von Lehrplänen. e) Stärkere Beachtung der Belange älterer und pflegebedürftiger LSBTIAQ+ Personen in der Altenpflege und auch in der sächsischen Senior*innenpolitik allgemein. Diese müssen stärker in die Gestaltung von Angeboten mit eingebunden und die Fach- und Pflegekräfte entsprechend geschult werden. f) Schutz vor Straftaten aufgrund gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit: Die Arbeit von Polizei, Justiz, aber auch kommunaler Behörden muss sensibilisiert werden. Bedrohungen und Gefährdungslagen sind ernster zu nehmen und konsequent zu verfolgen, zivilgesellschaftliches Engagement ist zu unterstützen. Mit der Einrichtung der Stelle der Ansprechperson für LSBTIAQ+ Personen in der sächsischen Staatsanwaltschaft ist uns ein wichtiger Fortschritt zur konsequenteren Verfolgung von Hasskriminalität gelungen.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Der IDAHOBIT, der CSD Dresden sowie die QueerPride Dresden sind feste Ereignisse im Jahr, die wir als BÜNDNISGRÜNE stärken und für die wir uns gerne einsetzen, zuletzt für das Versammlungsrecht des CSD. Damit wollen wir die vielen progressiven Kräfte vor Ort aber auch in der Region stärken und ihnen Mut machen sich für unsere vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Christopher Street Day von den Genehmigungsbehörden stets als das behandelt wird, was er ist: eine politische Versammlung. Als solche fällt der CSD zweifellos unter den besonderen Schutz des Demonstrationsrechts. Die Regenbogenflagge ist das Zeichen des klaren Bekenntnisses für Vielfalt, Selbstbestimmung und Akzeptanz. Wir befürworten die Beflaggung öffentlicher Gebäude anlässlich von Aktionstagen wie dem IDAHOBIT und dem Christopher Street Day nachdrücklich. Wir wollen die queeren Projekte in

der Landeshauptstadt weiterhin unterstützen und ausbauen, indem wir queere Anlaufstellen im gesamten Stadtraum als Treff, Kultur- und Veranstaltungsorte für die Communities aufbauen. Dort sollen dezentrale Beratungsangebote integriert werden und ein Schutzraum für queere Menschen in Not entstehen.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist ein bedeutsamer Pfeiler der Bemühungen zur Beseitigung struktureller Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht abgeschlossen, im Gegenteil drohen die Erfolge vergangener Jahrzehnte durch eine Konjunktur rückwärtsgewandter patriarchalischer Gesellschafts- und Familienkonzepte infrage gestellt zu werden. Die Ausweitung der Gleichstellungsbemühungen und eine stärkere Berücksichtigung von LSBTIAQ+-Belangen sehen wir keineswegs im Widerspruch zu einer Intensivierung dieser Gleichstellungsarbeit. Bei allem Engagement der Gleichstellungsbeauftragten ist allerdings auch die mitunter mangelnde kommunalpolitische Unterstützung durch eine nicht hinlängliche finanzielle und personelle Ausstattung und auch durch Professionalisierungslücken festzustellen. Die Wahrnehmung der Interessen von LSBTIAQ+ durch die Stadtverwaltung wollen wir durch eine*n Queerbeauftragte*n im Geschäftsbereich Gleichstellung erreichen. Diese beauftragte Person soll aus eigenen Mitteln die Selbstorganisation queerer Gruppen, zum Beispiel an Schulen und Hochschulen, fördern, die Gründung von generationsübergreifenden Wohnprojekten für LSBTIAQ+ unterstützen, um insbesondere Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken, die Forschung von Orten der Erinnerung ermöglichen sowie für mehr Sichtbarkeit queeren Lebens sorgen. Selbstverständlich muss zu diesen Aufgaben dann ein intensiver Austausch mit Beratungsstellen und Initiativen gehören.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Dresden muss wieder ein sicherer Hafen für Menschen sein, die fliehen mussten. Die Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften ist für LSBTIAQ+ Personen besonders kritisch einzuschätzen. Sie sehen sich hier nicht selten Anfeindungen ausgesetzt. Wir setzen uns prinzipiell für die bevorzugte Unterbringung in dezentralen Unterkünften ein. Besonders dringlich muss dies für Menschen marginalisierter Gruppen erfolgen, neben LSBTIAQ+ Personen sind dies beispielsweise auch Minderjährige, alleinreisende Frauen und Menschen mit Behinderung. Die Aufenthaltsdauer in Aufnahmeeinrichtungen muss dazu verbindlich zeitlich befristet werden. Um die Situation von LSBTIAQ+ Geflüchteten auch kurzfristig in Gemeinschaftsunterkünften zu verbessern, fordern wir in diesen die Bereitstellung sicherer Räume, Gewaltschutzkonzepte, einheitliche Hausordnungen und medizinisches Personal. Eine Schulung der Mitarbeitenden, aber auch Dolmetschenden und Sensibilisierung für die Schutzbedürfnisse von Personen marginalisierter Gruppen halten wir für zwingend erforderlich. Bei der Auswahl und Beauftragung von Sicherheitsfirmen und -personal sollten der Vielfaltsaspekt, aber auch entsprechende Kenntnisse des Personals eine wichtige Rolle spielen.

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Für die Opfer von Queerfeindlichkeit fordern wir eine unabhängige Meldestelle. Fälle sollen dort nicht nur gesammelt und statistisch ausgewertet, sondern auch sichtbar gemacht werden, denn zu oft werden queerfeindliche Motive bei der Strafverfolgung nicht als Hasskriminalität erfasst und verfolgt.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen in schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?

Wir BÜNDNISGRÜNE halten eine sichtbare und niedrigschwellige offene Kinder- und Jugendarbeit für LSBTIAQ+ Personen in Dresden für wichtig. Spezielle Angebote sollten von den unterschiedlichen Trägern organisiert und durch den Kreistag dauerhaft verlässlich finanziert werden.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für die Einführung von Unisex-Toiletten in der Verwaltung ein. Die Einführung von Unisex-Toiletten ist wichtig, um Menschen, die sich weder als männlich noch weiblich verorten, sowie Personen, die sich in einem anderen Geschlecht verorten, als ihnen von ihren Mitmenschen zugeschrieben wird, die Möglichkeit zu geben, Toiletten zu nutzen, die ihrer Identität entsprechen. Dies trägt zur Schaffung eines inklusiven und respektvollen Umfelds bei und verhindert Irritationen und Anfeindungen, die diese Personen sonst erleben könnten. Die Einführung von Unisex-Toiletten ist durch Beschilderung leicht umsetzbar und durch die Einbeziehung bestehender Toilettenräume kosteneffizient möglich. Die Ausstattung mit kostenlosen Menstruationsartikeln machen wir zum Standard.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Uns BÜNDNISGRÜNEN ist eine Sprache wichtig, die alle Menschen anspricht, ohne Ungleichheiten oder Abhängigkeiten abzubilden und zu verfestigen. Sie sollte auch für alle Menschen verständlich sein, bspw. in Form einer Leichten Sprache. Geschlechtergerechte Sprache ist inklusiv und sensibilisiert für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache ist daher vor allem in der Verwaltung und in der Politik wichtig und kann so gesamtgesellschaftlich vorangebracht werden. Als BÜNDNISGRÜNE machen wir uns stark für die Verwendung geschlechtergerechter Sprache. Wir setzen uns entschieden gegen Sprachverbote ein.

FDP Dresden

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Dresden verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Während gegen kriminelle Handlungen mit den Mitteln des Rechtsstaates vorgegangen werden kann und muss, hat die Stadt gegen niederschwellige Diskriminierungen oft nur indirekte Mittel in der Hand. Das beste Mittel ist jedoch, die Zivilgesellschaft stark zu machen und Zusammenhalt zu fördern. Wichtig dafür sind Aufklärungsarbeit und Begegnungsmöglichkeiten. Beratungsstellen und Angebote für Betroffene von Diskriminierung müssen sichtbar und zugänglich sein. Im Übrigen müssen Mitarbeiter der Stadtverwaltung für Diskriminierungssachverhalte sensibilisiert werden.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Dresden verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Wir unterstützen die Beflaggung öffentlicher Gebäude als ein wichtiges Symbol. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen benötigt es zudem Projekte der Begegnung, die wir ebenfalls fördern wollen. Auch das Sichtbarmachen von herausragenden queeren Persönlichkeiten im Stadtbild (etwa durch Straßenbenennungen und Denkmäler) ist ein wichtiges Symbol.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Eine Einbeziehung der Anliegen queerer Menschen in die Gleichstellungsarbeit begrüßen wir, eine solche intensivere Zusammenarbeit entsprechend auch.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Dresden zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Die Schulung des Personals muss ein erster Schritt sein, um Diskriminierungserfahrungen in den Unterkünften zu verhindern und mögliche Konflikte zwischen Geflüchteten moderieren zu können. Sollte Konfliktsituationen nicht entschärft werden können, muss es Wege zur Unterbringung betroffener Personen außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte geben. Im Rahmen vom Austausch mit der Verwaltung und stadtgesehftlichen Akteuren müssen Probleme von möglicher Doppeldiskriminierung sichtbar gemacht werden.

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Im Sinne der Istanbul-Konvention muss es das Ziel der Stadt sein, Gewaltschutz zu verbessern und Zugang zu Schutz- und Hilfsressourcen zu vereinfachen. Im Rahmen der Konzipierung und Umsetzung dieser Maßnahmen müssen insbesondere die Belange von queeren Menschen mitgedacht und die die Implementierung einbezogen werden.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen in Dresden schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Insbesondere für Jugendliche sind Zugang zu Informationen, Ansprechpartnern und sichere Räume besonders wichtig. Bestehen Angebote wollen wir daher aufrechterhalten.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

In ihrer Rolle als Arbeitgeberin ist die Stadt an die bekannten Vorgaben der Arbeitsstättenverordnung gebunden, die eine Umwandlung vorhandener „Zwei-Waschraum-Systeme“ in Unisex-Waschräume oft schwermacht. Modelle, die einen All-Gender- und einen FINTA-Waschraum vorsehen, heben unserer Kenntnis nach derzeit noch mit den gleichen rechtlichen Problemen zu kämpfen. Wo genug

Räume zur Verfügung stehen, unterstützen wir im Rahmen von Neubau oder Sanierung aber die Einrichtung eines zusätzlichen Unisex-Waschraums.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Bei der geschlechtergerechten Sprache befinden wir uns derzeit in einer Phase, in der die Gesellschaft verschiedene Modelle ausprobiert. Welches oder welche dieser Modelle in der Breite der Gesellschaft Akzeptanz und Unterstützung findet wird, lässt sich im Moment nicht seriös voraussagen. Der Prozess der Entwicklung allgemein anerkannter Sprachformen ist ein gesellschaftlicher, der politisch nicht gesteuert werden sollte.

CDU Dresden

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Dresden verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Diese Vorgabe des Grundgesetzes ist für uns Anspruch und Handlungsleitfaden gleichermaßen.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Dresden verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Unsere Stadt ist in vielerlei Hinsicht vielfältig. Der Christopher Street Day ist ein wichtiger Anlass diese Vielfältigkeit auch in Fragen sexueller Orientierung offen zu zeigen. Das unterstützen wir. Hinsichtlich der Verwendung von Hoheitszeichen, wie z.B. Flaggen, gilt für uns die Beflaggungsverordnung des Freistaats.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Alle Menschen, egal welcher Herkunft, religiöser, sexueller oder politischer Orientierung sollen sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei entfalten können. Eine Notwendigkeit von diesem allgemeingültigen Anspruch abzurücken, sehen wir nicht.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Dresden zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrighwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 4 und 5:

Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung werden wir konsequent entgegnetreten. Dies gilt auch im Kontext Flucht und Asyl.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen im Dresden schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Jenseits einer altersgerechten Aufklärung halten wir staatlich geförderte Sonderprogramme für einzelne Sexualitäten im Kinder- und Jugendbereich nicht für sinnvoll. Wichtiger in dieser Alterskohorte ist für uns, Diskriminierungen abzubauen.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Unser Schwerpunkt bei Investitionsentscheidungen liegt auf der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung, um mit dem zur Verfügung stehenden Geld das Bestmögliche zu erreichen. Dort wo sich Unisex Toiletten problemlos neben Damen- und Herrentoiletten einordnen lassen, werden wir uns dem nicht in den Weg stellen. Kostenintensive Umbauten ausschließlich zur Schaffung solcher Toiletten lehnen wir ab.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Die deutsche Sprache ist per se geschlechtergerecht, da sie zwischen Genus und Sexus differenziert. Ein kleiner Teil der Bevölkerung stört sich am Genus, da er gerade in Berufsdingen meist maskulin daherkommt. Dadurch fühlen sich manche (fälschlicherweise) sprachlich nicht ausreichend repräsentiert. Darüber kann man nachdenken. Die teilweise absurden Blüten, die die Versuche zur „Überwindung“ des Genus und zur ausschließlichen Etablierung des Sexus (also der eindeutigen geschlechtlichen Zuordnung in jedem Fall) getrieben haben, so z.B. jede Variante der sog. Gender-Sprache, werden nicht nur von mehr als 80% der Bevölkerung, sondern auch von uns, abgelehnt.

Die LINKE Dresden

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Dresden verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Politik hat die Aufgabe, ein diskriminierungsfreies Lebensumfeld für alle zu schaffen. Sie muss es allen Menschen garantieren können, zu jederzeit, an jedem Ort und ohne Angst vor Anfeindung verschieden sein zu können; Sei es in der Schule, im Sportverein, im Pflegeheim, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Respekt heißt die Formel für gutes gesellschaftliches Zusammenleben.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Dresden verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Ein eindeutiges JA. Es war die LINKE die sich maßgeblich für die Beflaggung des Rathauses ausgesprochen und eingesetzt hat. Auf Antrag unserer Fraktion wird seit 2020 endlich die Regenbogenfahne zum IDAHIT* und CSD am Rathaus gehisst. Ein längst überfälliges Zeichen der Stadt.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Die Stadtverwaltung sollte als positives Beispiel vorangehen: bei Sprache und Schriftverkehr, bei Stellenausschreibungen. Weiterhin sollte Sensibilität für Diskriminierungen (und deren Bekämpfung) innerhalb der Verwaltung gelebte Praxis sein. Das Thema Schutz vor Diskriminierung, Vielfalt und Diversität muss regelmäßig in Fort- und Weiterbildungen angeboten werden. Für Beschäftigte mit Personalverantwortung sollte der Besuch einer entsprechenden Fortbildung mindestens einmal verpflichtend sein.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Dresden zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Bereits in dieser Wahlperiode haben wir uns dafür eingesetzt, dass Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf vor Diskriminierung geschützt werden, z.B. auch in dem sie nicht in großen Sammelunterkünften leben müssen, wenn sie dort Diskriminierungen ausgesetzt sind. Das werden wir selbstverständlich auch weiterhin tun. Darüber hinaus wurde das bestehende Netz von Vereinen und Strukturen um das Thema Interkulturalität, Flucht und Asyl erweitert, so dass keine Parallelstrukturen entstehen, sondern Geflüchtete alle bestehenden Angebote nutzen können. In den bestehenden Strukturen muss natürlich Interkulturelle Kompetenz entwickelt und ausgebaut werden. Dabei muss ein besonderes Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierung gelegt werden.

5. Was planen Sie, um Isbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Generell setzen wir uns dafür ein, dass in der polizeilichen Kriminalstatistik Straftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität eindeutig erfasst werden. Die Verwaltung muss in dieser Hinsicht sensibilisiert und geschult werden, um entsprechende Zusammenhänge überhaupt zu erkennen, die Betroffenen angemessen zu unterstützen und Hürden abzubauen, Straftaten auch tatsächlich anzuzeigen.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq Personen im Dresden schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Klares Ja! Die Themen Antidiskriminierung und der Umgang mit Diskriminierung oder gar Mobbing müssen insgesamt einen höheren Stellenwert bei dem pädagogischen Personal bekommen, in Kita, Hort, Schule und Jugendclub. Die Freien Träger müssen für entsprechende Angebote natürlich ausreichend finanziert werden. Auf Landesebene engagieren wir uns dahingehend, die zu erbringenden Eigenanteile gänzlich wegfallen zu lassen.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Die LINKE in Dresden begrüßt es sehr, dass die neu zu errichtenden, öffentlichen Toilettenanlagen in Dresden barrierefrei und unisex gebaut werden sollen. Die TU geht mittlerweile mit gutem Beispiel voran. Es wird Zeit, dass auch in der Verwaltung ein Umdenken einsetzt. Allerdings braucht es dazu eine linke Mehrheit im Stadtrat.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der Verwaltung ein Leitfaden für geschlechtersensible Sprache eingeführt wird, der Sonderzeichen für eine vielfaltssensible Sprache mindestens zulässt.